

AUFSÄTZE

Das Konzept der „neuen Sicherheit“. Zur Auseinandersetzung um den „Neoliberalismus“ in der Programmatik der Unionsparteien

Von Guido Hitzte

1. Einführung

Im Juni dieses Jahres startete der SPD-Vorsitzende Kurt Beck in einem Beitrag für die FAZ (11. Juni 2007) unter der Überschrift „Das soziale Deutschland“ einen scharfen Angriff auf das neue Grundsatzprogramm der CDU, dessen Entwurf wenige Wochen zuvor in seinen Grundzügen von Generalsekretär Pofalla der Öffentlichkeit vorgestellt worden war. Der Hauptvorwurf Becks an die Adresse des Berliner Koalitionspartners bestand in der Behauptung, die Union propagiere das Leitbild eines stetig „schrumpfenden Staates“; ihr „Neoliberalismus“ sei eine „Ideologie ohne Erdung“. Der SPD-Vorsitzende setzte dem angeblich „marktradikalen“ Konzept der CDU die sozialdemokratische Idee des „vorsorgenden Sozialstaats“ entgegen, welche notwendige Reformen mit der „herausragenden Frage der sozialen Sicherheit“ und der „Zukunft der Arbeit unter den Bedingungen der Globalisierung“ verknüpfe und auf diese Weise den Weg in ein modernes, freiheitliches, aber eben auch „soziales“ Deutschland eröffne.

Ebenfalls im Juni 2007 fusionierten in Berlin PDS und WASG zur neuen „Linken“. Das Attribut „neu“ erwies sich nach den programmatischen Reden von Lothar Bisky, Gregor Gysi und vor allem Oskar Lafontaine bei näherem Hinsehen allerdings rasch als Etikettenschwindel. Hier feierte der alte, längst tot geglaubte Sozialismus althergebrachter Provenienz mit seinen staatlichen Allmachts- und Entmündigungsphantasien fröhliche Urständ: Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, insbesondere der Energiewirtschaft, antiimperialistische internationale Solidarität, der politische Generalstreik und die Beschwörung eines angeblich „sicheren“ Sozialstaates, der zum „Wohlfahrtsstaat“ ausgebaut werden sollte, bildeten zentrale Schwerpunkte eines Programms, das in der höchst fragwürdigen Parole Lafontaines gipfelte: „Freiheit durch Sozialismus!“.

Nun ließe sich über beide „linken“ Konzepte, das des „vorsorgenden Sozialstaates“ der SPD und das reaktionäre, weil ausschließlich rückwärtsgewandte der Linkspartei, trefflich politisch streiten. Offenbar weiß ein Kurt Beck nichts über Wesen und Genese des Begriffs „Neoliberalismus“, den er pauschal der Union als Etikett anheftet, und sein Bild vom angeblichen „Schrumpfstaat“,

den die CDU anstrebe, ist dermaßen schief, dass es in Anbetracht der historischen wie aktuellen Realität eher wie eine Karikatur anmutet. Oskar Lafontaine wiederum lässt völlig offen, welche „Freiheit“ da durch welchen „Sozialismus“ herbeigeführt werden soll und weshalb der „Sozialstaat“ von einst angeblich noch heute so „sicher“ ist, dass er sogar noch ausgebaut werden kann. Doch allen Unzulänglichkeiten und Irrtümern zum Trotz berühren sowohl Beck wie Lafontaine einen höchst sensiblen Punkt im gesellschaftlichen Bewusstsein, der für die Politik allgemein eine zentrale Herausforderung darstellt: Die Sehnsucht, besser das Verlangen der Bürger – unabhängig von Herkunft, Stand und parteipolitischer Präferenz – nach „Sicherheit“ in ebenso unruhigen wie unübersichtlichen Zeitläufen. Dieser Herausforderung hat sich auch und vorrangig die Union als stärkste politische Kraft in Deutschland zu stellen. Und hier trifft die Kritik des SPD-Vorsitzenden durchaus eine wunde Stelle: Die CDU mag sich aufrichtig darum bemüht haben, in ihrem neuen Grundsatzprogramm Antworten auf alle möglichen Probleme und Fragen unserer Zeit zu finden, darunter auch und gerade solche zur Zukunft von Arbeit und Gesellschaft. Aber diese Antworten wirken insgesamt merkwürdig unverbunden, rein additiv, mitunter geradezu unverbundlich. Daher mangelt es vielen Bereichen des Grundsatzprogrammwerfs tatsächlich, um mit Kurt Beck zu sprechen, an der notwendigen „Erdung“. Gefragt ist eine Leitidee, die gleichermaßen konzeptionell trägt wie auch praxistauglich ist, das heißt in und an den politischen Realitäten für die Bürger nachvollziehbar und überprüfbar wird. Nur dann wird sie auch langfristig überzeugen und Mehrheiten im demokratischen Wettbewerb gewinnen können. Dieser Wettbewerb ist längst eröffnet. Die CDU in Nordrhein-Westfalen hat das nach dem Wahlsieg vom Mai 2005 schnell begriffen. Unter Ministerpräsident Jürgen Rüttgers ist sie, nicht ohne damit erhebliche Irritationen in der Gesamtpartei auszulösen, seitdem bemüht, Grundüberzeugungen der Christlichen Demokratie in praktische Politik umzusetzen und sie an die Erfordernisse und veränderten Bedingungen des ökonomischen wie gesellschaftlichen Wandels anzupassen, ohne ihre Wurzeln zu verleugnen oder gar zu kappen. Eine zentrale Komponente des eben beschriebenen Vorhabens stellt das Konzept der „neuen Sicherheit“ dar, auf das im Folgenden näher eingegangen werden soll.

2. Gesellschaft in der Krise

„Wertewandel“, „Globalisierung“, „demographische Krise“ sind Begriffe, die eine Entwicklung der letzten Jahrzehnte beschreiben, an deren Ende ein Ergebnis steht, das von niemandem ernsthaft bestritten werden kann: der Verlust von „Sicherheit“ in beinahe jeder Beziehung. Die Sicherheit des Einzelnen in seiner jeweiligen Lebenssituation, verstanden als „soziale Sicherheit“, ist da-

von ebenso betroffen wie die Sicherung allgemeiner Lebensverhältnisse, die innere Sicherheit und die Sicherheit vor äußeren Gefahren.

Spätestens in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, als die Vertreter der „68er“ ihren „Marsch durch die Institutionen“ abgeschlossen hatten, schien sich das Motto des „anything goes“ unwiderruflich durchgesetzt zu haben. Die alten Werte, Traditionen, Erfahrungen und Glaubenssätze, welche die Gesellschaft zusammengehalten hatten, verloren mehr und mehr an Gültigkeit und vor allem Akzeptanz. Die Emanzipation des Individuums feierte ihren Triumph. Selbstverwirklichung wurde zum Selbstzweck. Das alte Ziel der Aufklärung, die Selbstbestimmung, wurde ihrer existentiell notwendigen Ergänzung, der Selbstverantwortung, zunehmend beraubt, die Bindungslosigkeit so lange zum Prinzip erklärt, bis sie in Bindungsunfähigkeit ausartete. Auf diese Weise erfuhr das Individuum vermeintlich eine Stärkung, allerdings auf Kosten der Person. Zugleich zeigten sich die Folgen einer „emanzipatorischen Bildungspolitik“: Das Bildungsniveau sank allgemein und dramatisch; eine schwache Allgemeinbildung korrespondierte bei vielen Leistungsträgern in Wirtschaft, Politik, Kultur und Medien in wachsendem Maße mit einem theorielastigen Spezialwissen. Dabei ging zwangsläufig der Blick für das Ganze verloren. Ohne den klassischen Bildungskanon als Basis degenerierte die gesellschaftliche Elite allzu oft zur sich im Abstrakten verlierenden Technokratenkaste. Nicht die vielfach beschworene „Wissensgesellschaft“ stand am Ende dieser Entwicklung, sondern die bloße „Informationsgesellschaft“, in der eine Flut von Informationen aller Art in Gestalt einer pausenlosen Reizüberflutung auf den Einzelnen niedergeht, ohne von diesem mangels genügend ausgeprägter Wertmaßstäbe und intellektueller Kompetenz gefiltert, gewichtet und zielgerichtet verarbeitet werden zu können.

Die politischen Vorkämpfer eines solchen Gesellschaftsmodells ahnten freilich, dass sie ihre Politik nur auf der „Mitte“ der Gesellschaft gründen bzw. aus einer solchen heraus erfolgreich propagieren, gestalten und letztlich legitimieren konnten. Besagte „Mitte“ war jedoch nicht zu verwechseln mit der einigermaßen statischen „alten Mitte“ der bürgerlichen Gesellschaft: dem gewerblichen Mittelstand, dem Bildungsbürger, dem Beamten und höheren Angestellten, dem Facharbeiter, dem Selbständigen. Diese Mitte war seit dem „Kommunistischen Manifest“ das Feindbild der Linken schlechthin, bekämpft als die Klasse der „Bourgeoisie“, die Stütze der bürgerlichen und kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Jene „alte“ Mitte nun kann man mit sozialen, das heißt materiellen Indikatoren beschreiben und eingrenzen. Sie zeichnet aber ebenso aus, dass sie sich selbst als ausgesprochen bindungsorientiert und werdebewusst definiert. Die „neue Mitte“ dagegen, welche die SPD im Bundestagswahlkampf 1998 umwarb, war nicht statisch oder traditionsorientiert, sondern in hohem Maße beweglich, sozusagen der Ausdruck eines temporären Daseinszustandes, eine Art „Durchlaufstation“ auf dem steilen Weg nach oben.

Ihr Maßstab war ein nahezu rein materieller, und verkörpert wurde sie vom flexiblen Aufsteigertyp, der sich in keiner Weise mehr an irgendwen oder irgendetwas gebunden sehen wollte. Dieser Aufsteigertyp aber symbolisierte sozusagen die Inkarnation der Postmoderne, wobei die fortschreitende und sich ständig beschleunigende Globalisierung durch den vor ihr ausgehenden Anpassungs- und Veränderungsdruck das ihre dazu beitrug, die „neue Mitte“ ständig in Bewegung zu halten, bis eine ihrer scheinbar ehernen Grundlagen, die „new economy“, wie eine große Blase plötzlich platzte und die „neue Mitte“ bis auf weiteres marginalisierte.

Interessanterweise bemerkten die Protagonisten eines solcherart postmodernen Politikverständnisses sehr schnell, dass die neuen volatilen gesellschaftlichen Strukturen, die zu schaffen bzw. zu fördern sie entschlossen waren, bezogen auf das gesellschaftliche Ganze wenig stabilisierend wirkten und sich schon gar nicht als krisenfest erwiesen. Folglich knüpften sie an den sozialistischen Kern der Postmoderne an, die Propagierung von Kollektivismus und Staatsidealismus. Dies erscheint zunächst als beinahe ironischer Widerspruch, allerdings nur so lange, wie man das Individualprinzip mit dem Personalitätsprinzip verwechselt. Denn ein nahezu bedingungsloser Individualismus kann einem Gemeinwesen nun einmal nicht die notwendige Stabilität und Sicherheit verleihen, er untergräbt und gefährdet es vielmehr. Also muss „der Staat“ als Korrektiv auftreten und dort „Ordnung“ schaffen, „Gerechtigkeit“ realisieren, wo sich die bloße Summe der ungebundenen Individuen hierzu nicht in der Lage sieht. Der alte Glaube, der Staat könne alles besser organisieren, regulieren, verteilen und ordnen als subsidiäre, nichtstaatliche Organisationen oder gar der einzelne Bürger, ging auf diese Weise eine Verbindung ein mit der scheinbar objektivierbaren Notwendigkeit staatlichen Eingreifens in Lebensbereiche, die nach besten westeuropäischen Denktraditionen von jeher und aus gutem Grund „vorstaatlich“ zu sein haben, etwa wenn es sich um Angelegenheiten der persönlichen Lebensgestaltung oder Erziehungsfragen handelt. Eine derart staatsorientierte Politik führt zwangsläufig zu einer Erosion, ja mitunter Perversion der klassischen politischen Grundwerte. „Freiheit“, „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“ galten bislang als unumstrittene Eckpfeiler unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Im postmodernen Verständnis wird aber aus der ursprünglich gemeinten „Freiheit der Bürger“ die Freiheit des Staates, sich das an materiellen wie immateriellen Werten und Rechten anzueignen, was er nach eigener Auskunft zur Sicherung seiner Existenz benötigt; aus der „Gerechtigkeit“ wird banale Gleichheit, die Egalisierung bestehender sozialer Unterschiede, die Nivellierung jeglicher Leistungs- und Qualitätsanreize; die „Solidarität“ der Starken mit den Schwachen schließlich, die eine Gesellschaft im wesentlichen zusammenhält, verkommt zur Solidarität der Schwachen mit den Leidensgenossen, weil die Starken und Leistungskräftigen entweder systematisch und nachhaltig geschwächt werden oder aber sich,

wenn sie einmal ein bestimmtes materielles Niveau erreicht haben, ihrer gesellschaftlichen Verpflichtungen zu entziehen wissen.

Am Ende steht – ungeachtet aller pseudo-sozialreformerischen Phraseologie – ein zutiefst etatistisches Gemeinwesen mit egalitären Grundstrukturen, einer weiter zunehmenden kulturellen und materiellen Verarmung weiter Bevölkerungskreise und einer allgemeinen geistig-technischen Immobilität. Ein solcher Staat wäre nicht mehr weit entfernt vom berühmten „Leviathan“ des absolutistischen politischen Philosophen Thomas Hobbes, der seine Bürger enteignet und die eingezogenen Güter nach eigenem Gusto umverteilt. Ein solcher Staat aber ist letztlich auch das Gegenteil eines „starken Staates“, denn seine vermeintliche „Stärke“ beruht vor allem auf einem ständigen Misstrauen gegen die geistige und materielle Unabhängigkeit seiner Bürger, gegen deren Fähigkeit zu Selbstbestimmung in Eigenverantwortung. Aus diesem Grund bleibt die Staatsbürokratie gezwungen, sich immer mehr Kompetenzen anzueignen, die wiederum ihre finanziellen wie logistischen Möglichkeiten überschreiten müssen. Das Staatswesen wird zunehmend unflexibel, ineffizient und schließlich praktisch handlungsunfähig, weil die angehäuften Schuldenlast irgendwann keinerlei Spielräume mehr zulässt. Seine „Stärke“ vermag dieser eigentlich „schwache“ Staat nur noch zu demonstrieren, in dem er die individuellen Freiheiten der Bürger noch weiter einschränkt, sie in bestimmte „Systeme“ zwingt und damit zwangsweise zusätzlich egalisiert. Es ist eben gerade nicht eine „Schwundform des Liberalismus“, wie Kurt Beck fälschlich in seinem Essay behauptet, welche den Bürger in das rein Private abdrängt und zum ausschließlich materiell orientierten, „egoistischen Bourgeois“ degenerieren lässt, sondern der anmaßende, alles an sich ziehende und umverteilende Bürokraten-Staat. Deshalb ist und bleibt der „Citoyen“ und nicht der „Bourgeois“ der natürliche Feind des Leviathan!

Nun könnte man schlussfolgern, die Alternative zu dem eben skizzierten, zugegeben reichlich pessimistischen Szenario bestünde in einer weitgehenden Selbstbeschränkung des Staates, seinem Rückzug auf einige wenige Kernbereiche. In die entstandenen Freiräume könnten und sollten dann die Bürger mit ihrer Leistungsbereitschaft, ihrem ökonomischen und sozialen Engagement vorstoßen; ihr profundes Wissen, gepaart mit praktischer Erfahrung und ethisch begründetem Verantwortungsgefühl, einbringen. Der Staat dieser überaus optimistischen Variante wäre dann ein „schwacher“, ein „liberaler“ Staat, aber zugleich ein reicher, kompetenter Staat, der seine Aufgaben zuverlässig erfüllt und seine wahre Stärke vor allem in der Garantierung äußerer wie innerer Sicherheit und Stabilität beweist.

Allein, die Wirklichkeit ist differenzierter. So sehr wir uns unzweifelhaft in Richtung der ersten, negativen Option bewegen, ohne dass jene bereits vollständig Realität geworden wäre, so sehr fehlen uns die Voraussetzungen für ein wirklich „freiheitliches“ Gesellschaftsmodell. Die ohnehin schmale

Schicht der Bildungsbürger nimmt weiter ab, das Wissen um Werte und ihre vorstaatliche Begründung geht verloren, die Mittelschicht erodiert oder hat zumindest das Gefühl, zwischen „oben“ und „unten“ zerrieben zu werden, wobei sich „oben“ als mögliches Ziel für die „klassischen“ Angehörigen der Mittelschicht immer weiter weg bewegt, umgekehrt aber die Gefahr des rasanten, ungebremsten Abstieges ständig zunimmt und realer wird. Die Gesellschaft driftet anscheinend unaufhaltsam auseinander; einige vermehren ihren ohnehin großen Reichtum ins schier Unermessliche, die große Mehrzahl jedoch verharrt in den unteren Gesellschaftsschichten oder droht, in jene abzugleiten. Die „Mitte“, nach neueren Erhebungen immerhin 40 Prozent der Erwerbstätigen, welche 42 Prozent des gesamten Steueraufkommens erwirtschaften (FAZ vom 4. März 2007), ist die Gruppe derjenigen, welche den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft gewährleistet und die Stütze des demokratischen Systems bildet. Eine Gesellschaft, die ihrer natürlichen Mitte verlustig geht, gerät daher zwangsläufig aus dem Gleichgewicht. Ein Indiz für die akuten Gleichgewichtsstörungen unseres demokratischen Gemeinwesens ist die Wahlbeteiligung: Die Gruppe der Nichtwähler ist bei den meisten Wahlen inzwischen die absolut gesehen stärkste politische Kraft. Noch ist diese Kraft der Unentschlossenen, Frustrierten, Desinteressierten und sozialen Verlierer heterogen, unorganisiert und unmotiviert. Aber ihr wohnt ein Potential inne, das – erst einmal geweckt und koordiniert – schnell seine ganze destruktive Dynamik entfalten kann. Nicht umsonst hat der Demagoge Lafontaine unter dem Schlagwort „Demokratie in der Krise“ sein Auge besonders auf die Nichtwähler als Reservoir für die Linkspartei geworfen. Es ist eine historische Binsenweisheit, dass erst die ökonomische und soziale Pulverisierung des „alten“ Mittelstandes in Deutschland die Grundlage für den (aufhaltsamen) Aufstieg des Nationalsozialismus gebildet hat. Wenn soziale Bindungen erschaffen, gewohnte Sicherheiten verlorengehen, immer größere Einkommensdisparitäten entstehen, dann sind gesellschaftliche Fragmentierungen und soziale Integrationsverluste die logische Folge. Oder um es mit dem Verfassungsrichter Udo di Fabio zu sagen: „Wer die Idee der Mitte einer Gesellschaft preisgibt, verliert über kurz oder lang auch den Boden unter den Füßen, für die Republik und die Demokratie.“

Gegenwärtig versuchen die Parteien, auch und gerade diejenigen des „bürgerlichen“ Lagers, der allenthalben spür- und sichtbaren gesellschaftlichen Krise das Modell einer „neuen“ Freiheit entgegenzusetzen. Der Einzelne soll sich seiner Verantwortung bewusst werden und mit ihr schöpferisch umgehen. Er soll Familien gründen, Kinder in die Welt setzen, deren wertorientierte Erziehung ebenso gewährleisten wie die Behebung elementarer, in unserem maroden Bildungssystem begründeter Wissensdefizite und dabei selbst lebenslang weiterlernen, er soll sich gegen die sozialen Risiken und Wechselfälle des Lebens nach Möglichkeit zu einem Großteil privat absichern, durch seinen

Arbeitseinsatz das eigene Auskommen mehr und zugleich als Konsument die Binnennachfrage stärken, er soll aber auch als verantwortungsbewusster Arbeitnehmer Lohnzurückhaltung üben, mehr und länger bei immer flexibleren Arbeitszeiten seiner Profession nachgehen, sich ökologisch vorbildlich verhalten und in seiner Freizeit in Vereinen, Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften oder Bürgerinitiativen für das Allgemeinwohl tätig werden.

Die Politik muss endlich begreifen, dass sie die Bürger hoffnungslos überfordert, indem sie sie permanent mit immer neuen, zum Teil extrem widersprüchlichen Anforderungen konfrontiert und dabei nicht selten alles tut, die Erfüllung eben jener Anforderungen noch zusätzlich zu erschweren. Die allgemein beklagte „Bindungsunfähigkeit“ junger Menschen ist durchaus wörtlich zu nehmen und liegt keineswegs ausschließlich an einem umfassenden „Werteverlust“. Wie soll jemand stabile soziale Bindungen aufbauen, sesshaft werden, durch den Erwerb einer selbstgenutzten Immobilie einen Beitrag zur eigenen Alterssicherung leisten, Beruf, Kindererziehung und Ehrenamt miteinander verbinden, ein „Heimatgefühl“ oder ein „Landesbewusstsein“ entwickeln, wenn von ihm und seinem Partner ständig ein Höchstmaß an Flexibilität erwartet wird, sich die Planbarkeit des eigenen Lebens auf Intervalle von vielleicht maximal drei Jahren reduziert, der Arbeitsplatz zum bloßen „Job“ mutiert und die Höhe des Einkommens, das heißt der eigene Lebensstandard, permanenten Schwankungen unterworfen ist, also unkalkulierbar wird? Hinzu kommt eben, dass die gewaltige intellektuelle, aber auch physische und psychische Kraftanstrengung, die dem Einzelnen zugemutet wird, ausgerechnet jenen abverlangt werden soll, die aufgrund der Bildungsexperimente früherer Jahrzehnte, der systematischen „Entgrenzung“ überkommener Wertvorstellungen sowie der nicht minder planmäßigen „Überwindung“ traditioneller Lebensformen bzw. Institutionen gar nicht über die Voraussetzungen verfügen können, die von ihnen erwarteten Leistungen tatsächlich zu erbringen. Um noch einmal Udo di Fabio zu zitieren: „Verantwortungsgefühl, der Mut zur Familien- oder Unternehmensgründung, der Antrieb zum Neuen und zur Weiterbildung, der Wille für sich selbst und die Zukunft zu sorgen, können nicht staatlich verordnet, wohl aber staatlich geschwächt werden.“

Dabei zeigen neuere Untersuchungen ein stetig wachsendes Interesse gerade junger Menschen an traditionellen Werten und Lebensformen. Familien und Kinder stehen – wenigstens als Lebensziel bzw. als Lebenstraum – auf der Wunschliste vieler ganz oben. Auf der persönlichen Werteskala gilt ähnliches für Liebe, Treue, Aufrichtigkeit als feste normative Größen, gefolgt bzw. umrahmt von den alten „Sekundärtugenden“ Fleiß, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Sauberkeit. Der Papst avanciert zum Medienstar, nicht wegen seines religiösen Amtes, dessen Sinn und Zweck sich dem Verständnis der meisten Zeitgenossen inzwischen verschließt, sondern als moralische Institution, als eine Art Orientierung spendender „Fels“ im Meer der Beliebigkeit. Inmitten der rasch

wechselnden Lebensumstände und Lebensformen wird die traditionelle Familie, so sie noch vorhanden ist, mehr und mehr zum einzig verbleibenden gesellschaftlichen Ort, an dem *Sicherheit* noch erfahrbar wird. Tradition imponiert als Gegenstück zu einer sich rasant verändernden Umwelt, wird zur Ausdrucksform gesellschaftlichen Protestes, so, wie es vor 40 Jahren der bewusste *Traditionsbruch* gewesen ist. Orientierung, Sinnstiftung, Berechenbarkeit und Sicherheit zählen zu den heute aktuellsten Wünschen und Sehnsüchten einer jungen Generation, die beinahe verzweifelt nach Bindung sucht und deswegen Begriffe wie Ehe, Familie, Heimat, Nation oder Europa wieder für sich entdeckt, sie aber nicht in jedem Fall mehr auch inhaltlich zu füllen versteht.

Mit zu der allgemein um sich greifenden gesellschaftlichen Verunsicherung beigetragen hat, neben Politik und Kultur, freilich auch die Wirtschaft. Sie hat sich ohne Frage im Zuge der Globalisierung einem enormen Anpassungs- und Effizienzdruck ausgesetzt gesehen. Die Zeit der „Deutschland AG“ oder des berühmten „rheinischen Kapitalismus“ ist vorbei. Alles muss schneller, schlanker, kostengünstiger werden. Der Preis bestimmt zunehmend das Marktgeschehen, nicht mehr die Qualität einer Ware. Nun sind viele Experten der Ansicht, diese Übergangsphase gehe ihrem Ende entgegen. Von jetzt an käme es in erster Linie darauf an, die Selbstheilungskräfte des Marktes freizusetzen, die Wirtschaft von Abgabelasten und zu hohen Lohnnebenkosten zu befreien, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes voranzutreiben, ein günstiges Investitionsklima zu schaffen und bürokratische Hemmnisse abzubauen.

Nicht zuletzt wird in diesem Kontext das hohe Lied der Sozialen Marktwirtschaft angestimmt, wobei jedoch allzu oft die „soziale“ Marktwirtschaft mit der „freien“ Marktwirtschaft verwechselt wird. Der Markt als solcher ist aber kein Wert an sich, sondern ein Zustand und überdies vollkommen werbetblind. Ohne Regeln und Einschränkungen wohnt ihm die Tendenz inne, sich selbst abzuschaffen. Freier Wettbewerb mag für eine gewisse Zeit Kreativität, Leistung, Flexibilität fördern, innovativ wirken und dem Fortschritt nützen. Doch schrankenlos zugelassen begünstigt er Konzentrationsprozesse, die Verdrängung kleinerer Anbieter, die Entstehung von Monopolen und Kartellen, schließlich Preisdiktate und Qualitätseinbußen. Genau diese Erkenntnis ist im Übrigen „neoliberal“, wie Gerald Braunberger völlig zu Recht (FAZ vom 12. Juni 2007) ausgeführt hat. Der „Neoliberalismus“ versuchte im Wissen um die Auswüchse des „Manchester-Kapitalismus“ des 18. und 19. Jahrhunderts eine „Zähmung“ des „zügellosten Liberalismus“ (Marc Beise in der SZ vom 12. Juni 2007). Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft, allesamt wie der Nestor des deutschen Ordoliberalismus, Wilhelm Röpke, bekennende „Neoliberale“, haben deshalb einen Ordnungsrahmen geschaffen, in welchem sich wirtschaftliches Agieren abspielen sollte. Ihr Ziel war ein Wettbewerb, an dem möglichst viele Akteure, sei es als Produzenten, sei es als Konsumenten, teil-

nehmen können sollten, um so Wohlstand und soziale Sicherheit *für alle* zu schaffen bzw. zu sichern. Jeder sollte seine Chance bekommen. Ob er sie nutzte, war seine Privatangelegenheit. Dass er sie aber ergreifen konnte, dafür sorgte das Gemeinwesen. Obwohl dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ein konkretes Menschen- und Gesellschaftsbild zugrunde liegt und es sich an bestimmten ethischen Wertmaßstäben orientiert, operiert es in der Praxis nicht mit moralischen Kategorien. Vielmehr appelliert es an die Vernunft der Akteure, an ihr wohlverstandenes Eigeninteresse. Unternehmen sind nach diesem Modell dann langfristig erfolgreich, wenn sie über eine motivierte, gut ausgebildete Belegschaft verfügen, fest am Markt, aber auch in der Produktionsregion verankert sind, eine günstige Infrastruktur nutzen können und vom Staat nicht mehr „belästigt“ werden als unbedingt nötig. Umgekehrt wird der Staat durch die angemessene Besteuerung der Unternehmensgewinne in den Stand versetzt, günstige ökonomische Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. zu erhalten, für die benötigte Ausbildung und Qualifikation der künftigen Arbeitnehmer zu sorgen, die Infrastruktur wenn nötig auszubauen sowie stabile soziale und politische Verhältnisse sicherzustellen, in denen Streiks oder gar Unruhen wenn überhaupt seltene Ausnahmeerscheinungen bleiben. Zwischen Staat und Unternehmen entsteht auf diese Weise ein profitables Geschäft auf Gegenseitigkeit, das seine besondere staatspolitische Note aus dem Umstand bezieht, dass eine stabile Demokratie und eine erfolgreiche Wirtschaft stets direkt und eng miteinander korrespondieren.

Nun ist die Soziale Marktwirtschaft seit ihrer Begründung vielfachen Deformationen durch sämtliche an ihr beteiligten Akteure ausgesetzt gewesen. Insofern erscheint die Forderung, sie in ihren reinen „Urzustand“ zurückzusetzen, nachvollziehbar. Darin allein kann indes nicht die Lösung liegen. Denn eine derartige eindimensionale Betrachtungsweise übersieht, dass sich entscheidende Parameter wirtschaftlichen Handelns in den vergangenen sechs Jahrzehnten erheblich verschoben haben. Wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit gehören, wie beispielsweise Jürgen Rüttgers nicht müde wird zu betonen, zusammen, sind in der Realität jedoch längst nicht mehr zwei Seiten ein und derselben Medaille. Vielmehr ist an die Stelle der langfristig angelegten *Gewinnoptimierung* der Primat der kurzfristigen *Gewinnmaximierung* getreten. Unter den Ökonomen haben die klassischen Volkswirte den Wettlauf mit den Betriebswirten verloren. Letztere denken rein unternehmensorientiert; gesellschaftliche Rahmenbedingungen, soziale Verpflichtungen und die Interdependenzen zwischen staatlichem und wirtschaftlichem Handeln interessieren sie in der Regel nur in dem Maße, in dem das eigene Unternehmen hiervon unmittelbar tangiert wird. Hinzu kommt der Wandel vom *Eigentümer*-Unternehmen zum *Manager*-Unternehmen. Angestellte Manager aber denken und arbeiten in gänzlich anderen zeitlichen und operativen Kategorien als Eigentümer, die womöglich noch nachfolgende Erbgenerationen in ihre

unternehmerischen Entscheidungen mit einbeziehen. In einer Epoche, in welcher der Wert eines Unternehmens oft nur noch an Quartalsergebnissen gemessen wird, Rekordumsätze zum Belastungsfaktor werden, weil sie nicht beliebig oft zu toppen sind, Börsenkurse dann zulegen, wenn trotz Gewinnsituation massenhafter Arbeitsplatzabbau erfolgt, weil Arbeitnehmer keinen positiven Produktionsfaktor mehr darstellen, sondern ausschließlich als Kostenfaktor wahrgenommen werden, wenn Standortqualität und qualifizierte Belegschaft zu beliebigen Variablen mutieren, die im Bedarfsfall jeder Zeit austauschbar sind, dann greifen die klassischen Mechanismen der Sozialen Marktwirtschaft ins Leere. Dann wird der Staat zumindest durch die großen internationalen Konzerne erpressbar, weil er nach wie vor im globalen Wettbewerb günstige Rahmenbedingungen vorhalten muss, aber nicht mehr länger auf entsprechende Gegenleistungen der Wirtschaft hoffen darf, da diese im Fall der Einforderung sofort mit Abwanderung drohen kann.

Die sozialen Sicherungssysteme wiederum sind nicht allein durch systemwidrige Übergriffe der Politik beschädigt worden oder durch den demographischen Wandel, der sich ja erst so richtig in den kommenden Jahrzehnten bemerkbar machen wird. Die Wirtschaft selbst hat kräftig dazu beigetragen, die Verhältnisse in Unordnung zu bringen. Wer die eigene Belegschaft mit großzügigen Vorruhestandsregelungen vermeintlich sozialverträglich abbaut, dabei aber die Sozialversicherungen nicht nur zusätzlich belastet, sondern ihnen auch noch aktive Beitragszahler massenhaft entzieht, verwirkt genauso das Recht, über ständig steigende Sozialabgaben zu klagen, wie derjenige, der mit der gleichen Methode die Folgen schwerer Managementfehler zu beheben sucht. Wer ältere Arbeitnehmer ab 50 Jahre systematisch freisetzt oder gezielt nicht einstellt, obwohl sie bewährt, zuverlässig und qualifiziert sind, darf nicht darüber jammern, dass ihm bewährte, zuverlässige und qualifizierte Fachkräfte fehlen. Wer durch illegale Preisabsprachen und flächendeckende Korruption Wettbewerb außer Kraft setzt, kann nur mit begrenztem Verständnis rechnen, wenn er weiteren Deregulierungen das Wort redet. Wer Betriebsvereinbarungen heute trifft und morgen bricht, indem er bestimmte Unternehmensbereiche einfach ausgliedert und ihrem weiteren Schicksal überlässt, darf nicht darauf hoffen können, die entlassenen Mitarbeiter der Allgemeinheit wie nicht mehr benötigten Industrieabfall einfach vor die Füße zu kippen.

Insbesondere aus Wirtschaftskreisen ist der Ruf nach dem gut ausgebildeten, flexiblen, belastbaren, sozial kompetenten und eigenverantwortlichen Mitarbeiter zu vernehmen. Für die Bereitstellung dieser Mitarbeiter ist der Staat verantwortlich. Der Faktor „Mensch“ in seiner Eigenschaft als Person wird dabei gerne übersehen. Wer den Menschen in seiner personalen Würde missachtet, riskiert freilich seine Reduzierung zum Bestandteil einer unspezifizierbaren Masse, der bloßen Summe der in ihr zusammengefassten Individuen. Verantwortung und Leistungsbereitschaft sind unter diesen Umständen kaum

zu wecken. Und es untergräbt jedes Leistungsprinzip, wenn in einzelnen Branchen der Tariflohn soweit gedrückt wird, dass er nicht nur das „Abstandsgebot“ zu den gesetzlichen Sozialalimentierungen unterläuft, sondern ganz einfach nicht mehr zur Deckung des Existenzminimums ausreicht. Das alles betrifft viele Menschen in diesem Lande und nicht nur Ungelernte oder ansonsten schwer Vermittelbare inzwischen direkt, beschädigt ihr Selbstwertgefühl, nimmt ihnen jegliches Vertrauen in eine wenigstens einigermaßen sichere Zukunft und gefährdet den „Standort Deutschland“ auf eine ganz eigene Art und Weise.

3. Konsequenzen für die Politik der Union

Die Politik, zumal wenn sie ihre Kraft, Inspiration und Legitimation aus dem christlichen Menschenbild herleitet, steht in diesen Zeiten vor besonderen geistigen wie praktischen Aufgaben. Und dies nicht nur, weil die gesellschaftliche Akzeptanz des Christentums und dessen kulturelle Verankerung in der Bevölkerung dramatisch im Schwinden begriffen sind. Es ist auch ein neuer ideologischer Streit unter den demokratischen Parteien um ein angemessenes, zeitgemäßes Staatsverständnis ausgebrochen. Die SPD spricht nicht mehr vom „Wohlfahrtsstaat“, sondern vom „vorsorgenden Sozialstaat“, während die FDP ihre radikale Marktorientierung neuerdings mit dem Attribut „sozial“ verbrämt. Es bleibt abzuwarten, inwiefern sich hinter den neuen politischen „Markennamen“ auch tatsächlich neue politische Inhalte verbergen. Die Union jedenfalls kommt nicht umhin, ihre drei konstitutiven Programmsäulen des christlich-sozialen, des liberalen und des konservativen Elements ebenfalls neu zu definieren und auf diese Weise zu einem modernen, aber differenzierten Verständnis von Staat und Gesellschaft zu gelangen.

Dieses Verständnis nimmt den Menschen unverändert weder als Kollektiv noch als Individuum, sondern als Person wahr. Das dahinter stehende christliche Menschenbild lebt von seiner Rückkoppelung mit den christlichen Glaubensüberzeugungen und den Traditionen der christlich-jüdisch-abendländischen Kultur. Seine ihm zugrunde liegenden Wertvorstellungen sind aber auch einem Nicht-Christen, einem Andersgläubigen oder einem überzeugten Agnostiker als grundsätzlich vernünftig zu vermitteln. Es gehört zur Natur des Menschen, dass ihn erst die Verbindung seiner Individualität mit seiner Sozialität zur eigenständigen Person werden lassen. Aus dieser Personalität bezieht er seine unveräußerliche Würde, wenn man jene nicht theologisch in der Gotesebenbildlichkeit des Menschen begründen kann oder will. Ein Gemeinwesen, das sich dem Personalitätsbegriff verpflichtet weiß, den Menschen als Person in den Mittelpunkt seines politischen Handelns rückt und ihn in diesem Sinne stärkt und fördert, schafft zugleich Sicherheit.

Sicherheit vor allem für den Einzelnen, weil dieser in die Lage versetzt wird, einen Mittelweg zwischen dem Abgleiten in eine nivellierende Masse und dem Aufstieg in die Klasse der erfolgreichen, aber in jeder Hinsicht bindingslosen individualisierten Einzelkämpfer zu wählen. Notwendige Voraussetzung hierfür ist die Förderung der Bildung und Erhaltung der vorstaatlichen Räume, in welchen sich gefestigte Persönlichkeiten entwickeln können: Familien, Vereine, sonstige private gesellschaftliche Initiativen. Zugleich gilt es, die materiellen Bedingungen für personelle Entfaltung und Entwicklung des Einzelnen zu gewährleisten. Nur so schafft der Staat die subsidiär angelegten gesellschaftlichen Strukturen, die es ihm erlauben, sich im eigenen Interesse und als Schutz vor Überforderung zurückzuziehen und stattdessen auf die Kreativität, Eigeninitiative sowie Eigenverantwortung seiner Bürger zu vertrauen.

Diese Selbstbeschränkung des Staates setzt jedoch zwingend die Auseinandersetzung mit dem Gerechtigkeitsbegriff voraus. Konkret wird dieser am Beispiel der „Chancengleichheit“. Wer die Gleichheit der Chancen mit der Gleichheit der Ergebnisse identifiziert, verliert die Person aus dem Blick und landet bei den Kollektiven. Das kollektivistische Denken ist aber der Todfeind jedes gesunden Personalismus. Wenn der Satz stimmt, dass alle Menschen in ihrer personalen Würde gleich sind, nicht jedoch in ihren Charakteren, Anlagen, Begabungen, dann impliziert „Gerechtigkeit“ die Respektierung der Unterschiedlichkeit der Menschen und ihre Förderung gemäß ihren jeweiligen Befähigungen bzw. Bedürfnissen. Die Egalisierung der Menschen dagegen ist zutiefst ungerecht und verhindert darüber hinaus jede Selbstentfaltung des Einzelnen. Sie erfordert aber auch eine Expansion des Staates, weil nur mittels enormen bürokratischen Aufwands eine „Gleichheit“ der Bürger herzustellen und zu kontrollieren ist. Wirkliche Chancengleichheit besteht dann, wenn der Staat nicht dafür sorgt, dass jeder die gleichen Ergebnisse erreicht, sondern jeder die faire Gelegenheit erhält, aus den individuellen Voraussetzungen, die er mitbringt, das für ihn optimale Resultat zu erzielen. Ein anderes Wort für diesen Ansatz lautet Chancengerechtigkeit. Chancengerechtigkeit erfordert andererseits die Garantie sozialer Mindeststandards. Wer objektiv daran gehindert ist, sein Potential zu entfalten, wer in aussichtslose Lebenslagen gerät, aus denen er durch eigene Kraft nicht mehr herauszugelangen vermag, wer krank, behindert oder alt ist, besitzt ein natürliches Recht auf Schutz und eine soziale Mindestsicherung durch die Gemeinschaft. Das ist der Preis der Menschenwürde. Das ist aber auch Solidarität im Sinne der Christlichen Gesellschaftslehre. Solidarität, die Sicherheit erst möglich macht.

Das liberale Element korrespondiert seit jeher stark mit dem Freiheitsbegriff. Gemeint ist weniger eine Freiheit „von“ *etwas* – also Freiheit von Unterdrückung, von Ausbeutung, von Gewalt – als vielmehr eine positiv verstandene Freiheit „zu“ *etwas*, wie die Freiheit zu Selbstbestimmung und Entfaltung, die Freiheit zu denken, reisen, lesen und zu konsumieren was, wo und wie

man will. Die Freiheit in einer in diesem Sinne freien, offenen Gesellschaft ist jedoch nicht grenzenlos. Sie endet auch nicht erst da, wo die Freiheit des anderen verletzt wird. Sie ist und bleibt gebunden an bestimmte Regeln und vor allem an die persönliche Verantwortung. Freiheit ohne solche Rahmenseetzungen kann leicht abgleiten in Beliebigkeit oder gar Willkür und Anarchie. Liberalität und Libertät sind alles andere als Synonyme. Andererseits existiert auch eine Freiheit, die kalt und technokratisch ist. Sie räumt jedem Teilnehmer am gesellschaftlichen „Wettrennen“ die vermeintlich gleichen Start*chancen* ein, ohne allerdings darauf zu achten, dass jeder auch unterschiedliche Start*voraussetzungen* mitbringt, die eigentlich berücksichtigt werden müssten: Dem einen fehlen bildlich gesprochen ordentliche Laufschuhe, der andere läuft gleich barfuß, wieder andere kommen frisch aus dem Fitness-Studio, manchen mangelt es dagegen an Stehvermögen oder der notwendigen körperlichen Konstitution. Eine solche Freiheit des ökonomischen wie auch des sozialen Wettbewerbs ist keine verheißungsvolle oder erstrebenswerte Option. Sie scheint vielmehr dem Motto zu folgen, jeder ist sich selbst der Nächste oder auch jeder ist seines Glückes Schmied. Im Bundestagswahlkampf 2005 haben die Unionsparteien es zugelassen, dass ihr Freiheitsbegriff von der Bevölkerung genau so wahrgenommen werden konnte. Die Folge war Skepsis, Ablehnung, Abwehr, denn eine solche Freiheit wird von vielen nicht als Chance, sondern als Bedrohung empfunden, die sie schlicht überfordert. Es entstand das Gefühl elementarer Unsicherheit. Sogar bei der FDP ist diese Botschaft inzwischen angekommen. Die Liberalen gebrauchen nun auch das Wort „sozial“, aber ihr Verständnis von Freiheit geht noch immer unverändert von der überaus optimistischen Prämisse aus, größtmögliche Freiheit in Gesellschaft und Wirtschaft führten automatisch zu Glück und Wohlstand für alle. Und falls die Gleichung doch nicht aufgehen sollte, werden die am Wege Zurückgebliebenen vom Staat aufgesammelt und notdürftig versorgt sowie die schlimmsten materiellen Schäden repariert. Der traditionelle liberale „Nachtwächterstaat“ wird so zum nachsorgenden Reparaturbetrieb. Oder um wieder ein Bild aus dem Sport aufzugreifen: Der Staat ermöglicht im liberalen Verständnis ein Fußballspiel, indem er die Tore aufstellt, das Spielfeld markiert und eine Teilnehmergebühr kassiert. Dafür verzichtet er während des Spielgeschehens weitgehend auf ein Eingreifen und beschränkt sich darauf, in den Spielpausen die Verletzten zu bergen. Er nimmt auf diese Weise die Funktionen des Platzwartes und der medizinischen Abteilung wahr, nicht aber diejenige des *Spielei*ters. Der Schiedsrichter ist jedoch die zentrale Figur des Geschehens. Er kann sich theatralisch in Szene setzen oder vornehm zurückhalten. In jedem Fall aber kontrolliert er das Geschehen gemäß den zuvor vereinbarten Regeln, er verfügt über Sanktionsmöglichkeiten, die er im Bedarfsfall auch anwendet, und erweckt bei allen Beteiligten den Eindruck von Ordnung und Sicherheit. Erst dann vermag sich ein Spiel zu entwickeln, das den einzelnen Akteuren

die Entfaltung ihrer Stärken und Vorzüge einräumt, in dem es fair zugeht und in dem sich alle irgendwie als Sieger fühlen können, weil sie mit Spaß und Engagement bei der Sache sind.

Bleibt noch die konservative Säule. Konservatismus bedeutet nicht automatisch die Absage an die Moderne. Das wäre reaktionär. Konservatismus darf sich indes auch nicht im Festhalten an liebgewonnen Traditionen und Gewohnheiten, in idyllischer Nostalgie erschöpfen. Das ist ein Strukturkonservatismus, der die Gesellschaft unflexibel macht und jeglichen Fortschritt behindert. Gefragt ist heute dagegen mehr denn je ein moderner, aufgeklärter Konservatismus. Modern, weil er in Zeiten des Umbruchs und ständiger Veränderung den Blick dafür nicht verloren hat, dass der Staat immer von Voraussetzungen leben wird, die er selbst nicht schaffen kann. Gemeint sind damit die Werte, die nach christlichem Verständnis, aber auch nach Auffassung der meisten Aufklärer als „Naturrecht“ bezeichnet werden können. Zugleich setzt Konservatismus dem andauernden Wandel symbolische Kontrapunkte entgegen: Traditionsbewusstsein, Patriotismus, Heimatliebe. Diese Werte und Symbole geben Halt, Orientierung, Sicherheit; verstärken die Bereitschaft zu Engagement und Solidarität. Ein solches konservatives Verständnis ermöglicht die Stabilität und zugleich die Freiräume, die es braucht, um die Gesellschaft so zu verändern, dass sie den modernen Herausforderungen gewachsen ist.

Der ehemalige Bundesinnenminister Otto Schily prägte in einer Rede im Jahre 2004 den Satz, zuwenig Sicherheit könne den „Menschen das Bewusstsein ihrer Freiheit nehmen“; daher bilde die „Sicherheit eine Grundvoraussetzung der Freiheit“. Schily lehnte sich mit dieser These eng an den preußisch-deutschen Aufklärer Wilhelm von Humboldt an, der 1792, drei Jahre nach Ausbruch der Französischen Revolution, feststellte: „Ohne Sicherheit vermag der Mensch weder seine Kräfte auszubilden noch die Früchte derselben zu genießen; denn ohne Sicherheit ist keine Freiheit.“ Nun bezog der damalige Bundesinnenminister den Konnex Freiheit – Sicherheit speziell auf die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, die es nach Schily mit allen rechtsstaatlichen Mitteln abzuwehren galt, selbst, wenn dies zur Einschränkung bestimmter bürgerlicher Freiheiten oder Rechte führen sollte: Ohne Sicherheit nach außen wie im Innern, so die Botschaft, keine freie Gesellschaft. Man kann Humboldt und seinen Begriff von Sicherheit aber auch anders, weiter interpretieren: Ohne ein Mindestmaß an Sicherheit, Verlässlichkeit, Berechenbarkeit im privaten Bereich wie auch innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung ist weder wahre Freiheit denkbar noch eine daraus erwachsende Gerechtigkeit in der Gestaltung der sozialen Lebensverhältnisse oder die Förderung lebendiger, wechselseitiger Solidarität.

Wenn Werte und Traditionen eines Gemeinwesens mit für die Bürger konkreter, das heißt *erlebbarer* Sicherheit korrespondieren, wenn die Person im Sinne einer Synthese von Eigeninteresse, Eigenverantwortung und sozialer

Verantwortung verstanden wird, wenn ein Ausgleich zwischen Individualismus und Solidarismus gefunden werden soll, dann gelangt eine christlich-sozial, liberal und konservativ definierte Politik unweigerlich zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Insofern ist eine solche Politik nicht „neu“. Sie ist auch nicht „links“ und nicht „rechts“, weder im allgemeinen politischen Koordinatensystem noch im innerparteilichen Flügelkampf. Denn das Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft ist die Herstellung eines möglichst umfassenden freien Wettbewerbs mit sozialen Ausgleichsfaktoren. Oder um es mit einem der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft auszudrücken, dem Ökonomen Alfred Müller-Armack: Das Prinzip der Freiheit ist an das des sozialen Ausgleichs gebunden; ohne Sozialpolitik kann kein Wettbewerb entstehen, ohne Wettbewerb ist aber auch keine echte Sozialpolitik möglich. Die „neue“ Herausforderung für die Politik besteht nun darin, die Grundregeln der Sozialen Marktwirtschaft den veränderten Gegebenheiten anzupassen.

Vor allem notwendig erscheint in diesem Zusammenhang eine ausgesprochen flexible Handhabung besagter Grundsätze, die zusammengekommen nichts anderes sind als Ordnungspolitik im besten Sinne. Dabei kann es auch zu scheinbaren Widersprüchen kommen, zu vermeintlich zueinander antagonistischen Absichten oder Zieldefinitionen. Aber solche Spannungen sind unvermeidlich und müssen von der Politik ausgehalten werden. Sie sind auch auszuhalten, wenn sie einer übergeordneten inneren Logik folgen, die wiederum in sich berechenbar bleibt.

Nehmen wir das Beispiel des neuen ALG I. Seine zeitliche Ausdehnung für langjährige Beitragszahler und über 55-jährige Arbeitslose ist heftig umstritten und wird nicht selten mit dem Argument zurückgewiesen, sie verstoße gegen jedes ordnungspolitische Prinzip. Das trifft insoweit zu, als eine unterschiedliche Auszahlung von Versicherungsleistungen zunächst scheinbar dem Grundsatz der reinen Risikoabsicherung zuwiderläuft. Nun ist Arbeitslosigkeit für Angehörige speziell der höheren Altersgruppen schon längst kein kalkulierbares Risiko mehr, sondern ein Fall mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit. So, wie aus der ehemaligen Rentenversicherung der Bismarck-Zeit, die das „Risiko“ des Erreichens eines arbeitsfreien Lebensabends absichern sollte, aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung erfreulicherweise ein genau berechnetes Vorsorgeinstrument geworden ist, so erfüllt die Arbeitslosenversicherung für bestimmte Berufsgruppen und Alterskategorien inzwischen einen konkreten Vorsorgezweck. Wenn das so ist, dann stellt eine Verlängerung der Auszahlung im Eintrittsfall weder eine unzulässige staatliche Alimentierung dar noch eine Anreizvermeidung für die Wiederaufnahme bezahlter Arbeit. Das unterscheidet ältere Arbeitnehmer im Übrigen elementar von jüngeren Kollegen. Hier für einen angemessenen Ausgleich zu sorgen, macht ordnungspolitisch Sinn, weil es (Lebens-)Leistung belohnt, Gerechtigkeit übt und zugleich auch noch den Vorsorgegedanken fördert, denn mit der Gewährung hö-

herer Freibeträge etwa für Lebensversicherungen wird die Wahrscheinlichkeit gemindert, die Betroffenen im Rentenalter aus dem Sozialetat unterstützen zu müssen. Falls die demographische Entwicklung allerdings so wie bisher berechnet verläuft, könnten 55-Jährige in zehn oder fünfzehn Jahren gefragte Fachkräfte auf einem entspannten Arbeitsmarkt darstellen. Dann verlören verlängerte ALG-I-Zahlungen für ältere Arbeitnehmer ihren Sinn und wirkten kontraproduktiv, gehörten also wieder abgeschafft.

Was puristischen Verfechtern der „reinen Lehre“ heftig aufstößt, erfüllt richtig besehen aber auch ein anderes ordnungspolitisches Gebot. Maßnahmen bei der Bezugsregelung für das Arbeitslosengeld, wie von Jürgen Rüttgers gefordert und von mehreren CDU-Bundesparteitagten bestätigt, ermöglichen den Betroffenen wenigstens über einen verlängerten Zeitraum eine aktive Teilnahme am „Markt“. So betrachtet ergeben übrigens auch die beiden anscheinend konträren Beschlüsse des letzten CDU-Bundesparteitages in Dresden einen Sinn: Den Arbeitnehmern wird signalisiert, dass sie bei erbrachter Leistung nach einem Arbeitsplatzverlust nicht automatisch dem praktisch ungebremsten sozialen Abstieg ausgesetzt sind. Unter dieser Voraussetzung fällt es entsprechend leichter, das Arbeitsrecht zu flexibilisieren, das heißt den Kündigungsschutz zu lockern, der in seiner jetzigen Gestalt zudem gerade für ältere Arbeitnehmer ein zusätzliches Einstellungs Hindernis verkörpert.

Ein anderes Beispiel: Kombi- und Mindestlöhne sind im Modell der Sozialen Marktwirtschaft nicht vorgesehen, und dies aus gutem Grund. Der lange Zeit gültigen Theorie nach stellen sie einen unzulässigen, systemwidrigen Eingriff des Staates in den Wettbewerb dar, verletzen also den vom Staat selbst vorgegebenen ökonomischen Ordnungsrahmen. Sie mindern überdies mögliche Leistungsanreize und erschweren – im Falle des gesetzlichen Mindestlohnes – die Einstellungsaussichten für Ungelernte und schwer Vermittelbare, oder aber sie fördern, wie bei den Kombi-Löhnen, die Gefahr reiner Mitnahmeeffekte auf Seiten der Arbeitgeber. Aber was passiert, wenn in manchen Gebieten flächendeckend der Tariflohn für qualifizierte Angestellte (Friseure, Schlachter, Fachverkäufer, Sicherheitskräfte) so niedrig liegt, dass er zur Sicherung eines selbstbestimmten Lebens in aller Regel nicht mehr ausreicht? Auf diese Frage wissen die meisten „Ordnungspolitiker“ keine überzeugende Antwort, denn der „Markt“ versagt hier in einem zentralen Anliegen der Sozialen Marktwirtschaft: dem Einzelnen eine aktive Teilnahme am wirtschaftlichen Leben zu ermöglichen, ihm durch seine qualifizierte Leistung die Sicherung der eigenen Existenz zu garantieren und eine konkrete Chance einzuräumen, mit noch mehr Anstrengung seinen Lebensstandard anzuheben, was am Ende wiederum dem Konsum, der Stabilisierung der Sozialsysteme und schließlich dem Wettbewerb zugutekommt. Die Frage der Kombi- und Mindestlöhne gehört unter diesen Prämissen neu diskutiert und fordert von

der Politik adäquate praktische Antworten und nicht das Verschanzen hinter überkommenen ideologischen Barrieren.

Ähnliches gilt für die Zukunft der Sozialversicherung allgemein. Die demographische Entwicklung lässt gar keine andere Wahl, als vom reinen Umlageverfahren abzuweichen und verstärkt auf steuerfinanzierte Elemente zurückzugreifen (was im Übrigen schon lange in der Praxis geschieht). Ein weiteres Standbein hat die private Vorsorge zu bilden, in der Rentenversicherung ebenso wie künftig verstärkt im Gesundheitswesen einschließlich der Pflege und der Arbeitslosenversicherung. Der Staat hat dabei nur den Eindruck zu vermeiden, er ginge willkürlich oder unsystematisch vor. Seine Entscheidungen müssen die Kriterien der Berechenbarkeit, Plausibilität und Klarheit erfüllen. Vor allem haben sie dem Einzelnen eine sichere Grundlage für seine eigenverantwortlich zu treffenden Entscheidungen zu bieten. Solange der Finanzminister nach Kassenlage über steuerfinanzierte Bestandteile der Sozialversicherungen bestimmen kann und dem Bürger immer mehr Eigenvorsorge übertragen wird, ihm zugleich aber die Mittel gekürzt werden, die er für eine solche benötigt, werden alle diesbezüglichen Reformansätze zum Scheitern verurteilt sein, die Menschen verunsichern und demotivieren und schließlich in eine weitere staatliche Überbürokratisierung inklusive steigender Defizite münden. Am Ende stehen für die Bürger dann Abhängigkeit und ein reines staatliches Fürsorgeprinzip.

Der Sicherheitsgedanke darf indes nicht allein auf die genuin soziale bzw. ökonomische Sphäre beschränkt bleiben. Er betrifft auch die vermeintlich „weichen“ Themen wie Familie, Erziehung, Bildung, Integration:

Familie

Die „klassische“ Familie erlebt eine bemerkenswerte Renaissance. Sie verkörpert für immer mehr junge Menschen wieder eine Art Idealbild, nach dem sie streben. Sie wird aber auch gesamtgesellschaftlich heute deutlich stärker respektiert als in früheren Jahren. Insofern kann sich die Union in ihren familienpolitischen Vorstellungen und Bekenntnissen durchaus bestätigt fühlen. Auch der Grundsatz, Familien genießen zwar den Schutz des Staates, seien aber „vorstaatliche“ Räume, behält angesichts der Notwendigkeit subsidiärer Strukturen und von Orten lebendiger Wertevermittlung seine Gültigkeit. Der Staat hat deshalb Sicherheit für Familien zu gewährleisten, im materiellen Sinne wie auch institutionell. Er muss die Entscheidung für Kinder erleichtern, ohne sie zu erzwingen. Er hat für einen angemessenen vertikalen „Lastenausgleich“ zwischen Eltern und Kinderlosen zu sorgen, ohne Kinder auf den Status eines reinen Kostenfaktors zu reduzieren, dessen Unterhalt möglichst von der Allgemeinheit zu tragen ist. Er hat die Familienarbeit gegenüber der Erwerbsarbeit so sichtbar aufzuwerten, dass Mütter weder an der Rückkehr ins

Berufsleben durch äußere Faktoren gehindert werden noch Frauen (oder in zunehmendem Maße auch Männer) sich diskriminiert fühlen müssen, wenn sie sich zeitweise ausschließlich der Familie widmen wollen. Der Staat hat eine echte Wahlfreiheit herzustellen, sich aus der konkreten privaten Einzelentscheidung jedoch herauszuhalten. Das Elterngeld ist, ungeachtet aller systemimmanenten Unzulänglichkeiten sowie mancher unausgereiften Schwächen im Detail, unter diesen Gesichtspunkten ein Schritt in die richtige Richtung. Er reicht nur noch nicht aus. Vordringlich ist nach wie vor ein Betreuungsangebot für Kleinkinder und eine Ausweitung der Ganztagschule. Der Staat muss und darf nicht den Eltern die Erziehungsaufgabe aus der Hand nehmen. Doch er hat ihnen ein realistisches Angebot zur *Aufgabenteilung* zu machen.

Angesichts weitverbreiteter Bindungsunfähigkeit, immer komplizierterer Lebensumstände, mangelnder Konfliktbewältigungskompetenz und kultureller Verarmung kann Familie aber auch ansonsten nicht länger für sich beanspruchen, reine Privatangelegenheit zu sein. Mitunter muss Familie vor sich selbst geschützt werden, gerade im Interesse ihrer schwächsten Mitglieder, der Kinder. Schutz vor Verwahrlosung, vor Misshandlung ist nicht nur eine Frage staatlicher Aufsicht nach dem Auftreten entsprechender Symptome, sondern heutzutage vor allem ein Problem der Prävention. Eine zurückhaltende, aber kompetente und einsatzbereite staatliche Begleitung von Familien kann Schäden vermeiden und Familien das Mindestmaß an Sicherheit gewähren, das sie für eine stabile Entwicklung unbedingt benötigen. Übrigens auch mit Blick auf die zunehmende Zahl von Senioren. Familie darf nicht auf den Verbund von Eltern bzw. Erziehungsberechtigten und Kindern begrenzt werden. Vielmehr ist Familie als „Mehr-Generationen-Unternehmen“ zu begreifen. Aktive und leistungsbereite Senioren erfüllen schon heute als Großeltern wichtige Funktionen bei der Erziehung, Betreuung und materiellen Versorgung ihrer Enkel, geben Orientierung, vermitteln menschliche Wärme und Geborgenheit, leben alte Werte vor, geben gewachsene Traditionen und kulturelles Wissen weiter. Sie leisten damit ihren Beitrag, der Gesellschaft Halt zu verleihen. Umgekehrt wissen sie sich bei Eintritt des Pflegefalls in ihrem Familienverband aufgehoben und versorgt. *Sicherheit für Familien* ist also gleichbedeutend mit Sicherheit für die Gesellschaft und einem spürbaren Sicherheitsgewinn für die Sozialsysteme.

Erziehung

Eng mit dem Komplex „Familie“ verbunden ist der Bereich der Erziehung. Auch hier gilt zuerst das alte Prinzip des Erziehungsauftrages der Eltern. Wenn jener Auftrag jedoch erkennbar nicht oder nur unzureichend wahrgenommen wird, ist der Staat verpflichtet, rechtzeitig einzugreifen, wobei die Verantwor-

tung nicht einseitig auf Lehrer und Erzieher abgeschoben werden darf. Es müssen gesellschaftliche „Frühwarnsysteme“ implantiert werden, ähnlich den Rauchmeldern in geschlossenen Räumen. Sind die Dinge erst eskaliert, wie etwa an der Berliner Rütli-Schule, bleibt nur hilflose Symbolpolitik oder bestenfalls Schadensbegrenzung. *Sicherheit für Erziehung* im Sinne einer aktiven staatlichen Hilfe zur Selbsthilfe mag Prioritäten verändern und Geld kosten, bedeutet aber langfristig einen elementaren Beitrag zur Sicherung und Befriedung der gesamten Gesellschaft, was seinerseits spätere Folgekosten für unterbliebenes Eingreifen drastisch reduziert.

Bildung

Wer Bildung als den „Rohstoff des 21. Jahrhunderts“ begreift, beschreibt die Vermittlung von Wissen und Erfahrung als einen Schatz, der nicht nur gehoben, sondern auch gesichert werden will. Unerlässlich hierfür ist ein leistungsstarkes, effizientes Schulsystem. Ein differenzierendes, nicht egalisierendes Schulsystem mit allerdings maximaler individueller Förderung, größtmöglicher Transparenz sowie einer garantierten vertikalen Durchlässigkeit. Nicht jedes Kind muss den gleichen Abschluss erreichen, aber jedes Kind muss unabhängig von Vorbildung und Einkommen der Eltern die Chance besitzen, die Schule mit einem optimalen Ergebnis zu verlassen. Alles andere wäre zutiefst ungerecht und käme einer unverantwortlichen Ressourcenverschleuderung gleich. Wenn der Staat aber an einem differenzierten und erst dadurch wirklich „gerechten“ Schulsystem festhalten will, darf er nicht zugleich andere Abschlüsse als das Abitur dadurch entwerten, dass er von festen Planvorgaben für Abiturientenquoten oder bestimmten Sollzahlen für Studierende ausgeht. Wenn die Bildungsstandards von Haupt- und Realschule überzeugen, ist mehr für die Qualitätssicherung der praktischen Berufe getan als mit unzähligen halbgebildeten, überforderten Studienabbrechern oder Hochschulabsolventen, die ihren akademischen Grad allein einer dramatischen Niveau- bzw. Anspruchsabsenkung seitens der Universitäten zu verdanken haben. Zugleich gehört der Bildungskanon dringend überarbeitet. Schulbildung, zumal die höhere, hat primär Allgemeinbildung zu vermitteln und erst danach unter Umständen Spezialwissen. Zur Allgemeinbildung gehört neben dem klassischen „humanistischen Bildungsideal“, das insbesondere auch Religion und die Kulturwissenschaften (Geschichte, Geographie, Musik, Literatur) umfasst, jedoch in einer Informationsgesellschaft wie der unsrigen zunehmend auch die Vermittlung des richtigen Umgangs mit Medien und Nachrichtentechnologien. *Sicherheit für Bildung*, eine Bildungspolitik, welche Spitztalente entdeckt und fördert, zugleich aber in der Breite bestimmte kognitive und kulturelle Mindeststandards nicht nur definiert, sondern auch dauerhaft erreicht, trägt ganz konkret zur Zukunftssicherung der Gesellschaft bei.

Integration

Integration von Angehörigen nicht-deutscher oder gar außereuropäischer Kulturkreise wurde hierzulande lange Zeit als schlicht überflüssig oder als kontraproduktiv angesehen, je nach Standort des Betrachters. Die einen erklärten Deutschland zum „Nicht-Einwanderungsland“, die anderen träumten von der grenzenlosen, konfliktfreien multikulturellen Gesellschaft. Beide Sichtweisen sind von der Realität längst überholt worden. Notwendig ist in einer globalisierten Welt vielmehr eine Integration ohne Assimilation. Menschen mit Migrationshintergrund oder einer „Einwanderungsgeschichte“ – und deren Anteil nimmt gerade in den Ballungsräumen unter der jüngeren Generation beständig zu – besitzen ein natürliches Recht auf ihre eigenen kulturellen Überzeugungen und Traditionen. Sie besitzen aber kein Recht auf Absonderung und die Ausbildung von Parallelgesellschaften. Das Erlernen der Landessprache und die Akzeptanz der bestehenden Rechtsordnung sind sowohl für ein friedliches Zusammenleben der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen als auch für die materielle Lebensperspektive des einzelnen Migranten unverzichtbare Voraussetzungen. Der Staat muss demnach Integration nicht nur einfordern, sondern auch aktiv ermöglichen, durchaus mit dem Ziel der Einbürgerung. Gleichzeitig hat er eine „Leitkultur“ zu definieren, die für alle Bürger verbindlich ist, ohne einzelne von ihnen zu diskriminieren. Das aber setzt präzise Wertvorstellungen und die Kenntnis sowohl der eigenen Kultur als auch des kulturellen Hintergrundes der Herkunftsgesellschaften der Zuwanderer voraus. Toleranz ist nur dort möglich, wo unterschiedliche Standpunkte wechselseitig akzeptiert werden und gemeinsam einzuhaltende Verfahrensregeln existieren. *Sicherheit für Integration*, eine gelungene Integration ohne Assimilierung, Diskriminierung oder Selbstausgrenzung bereichert die Gesellschaft, macht sie bunt, vielleicht aufregend, aber eben auch im Wortsinn und ganz praktisch *sicher*. Zumindest sicherer, als wenn es bei der einfachen Hinnahme von Parallelgesellschaften bliebe, wie die neue Bedrohungsqualität des internationalen Terrorismus immer wieder schockierend unter Beweis stellt.

Die Reihe von Politikfeldern und Beispielen, bei denen es um „neue Sicherheiten“ geht, ließe sich noch fortsetzen. Die Frage einer sicheren Energieversorgung wird immer wichtiger. Im Zeichen des Klimawandels ist Umweltschutz mehr als die Vermeidung von Umweltverschmutzung. Es geht um nichts weniger als die tatsächliche Sicherung der Lebensgrundlagen von uns allen und der unmittelbar auf uns folgenden Generationen. Organisierte Kriminalität und terroristische Netzwerke erfordern andere Konzepte der inneren Sicherheit als noch vor zehn oder fünfzehn Jahren die von der RAF ausgehende Terrorgefahr. Die Landesverteidigung in ihrem klassischen Sinn schließlich hat sich überlebt. Die „äußere Sicherheit“ wird nicht mehr entlang der eigenen

Staatsgrenzen definiert, sondern in komplexen internationalen Kampfeinsätzen verteidigt. Gleichwohl bleiben innere wie äußere Sicherheit staatliche Kernaufgaben und untrennbar verbunden mit dem staatlichen Gewaltmonopol, weil nur ein solches Anarchie und Chaos zu verhindern vermag.

4. Fazit

Gefragt ist heute mehr denn je ein neues, zeitgemäßes Staatsverständnis. Damit einher geht auch ein veränderter Sicherheitsbegriff. Im „alten“ Sicherheitsdenken hat der Staat in erster Linie seine Bürger *vor* etwas zu schützen: Vor innerer und äußerer Bedrohung, vor den Wechselfällen des Lebens, vor Wohlstandsverlust und sozialem Abstieg. Heute kommt es zunehmend darauf an, Sicherheit *für* etwas zu schaffen:

- Sicherheit für eine sozialverträgliche Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, um Eigeninitiative und Eigenverantwortung des Einzelnen, gesellschaftliches Engagement und subsidiäre Strukturen zu stärken und zu fördern
- Sicherheit für Familien und Erziehung
- Sicherheit für eine zukunftsfeste Bildung
- Sicherheit für ein friedliches Zusammenleben in der globalisierten Welt.

Während das herkömmliche, „alte“ Sicherheitsdenken eher statisch angelegt war, ist die „neue Sicherheit“ beweglich, variabel und mehrdimensional. Eine derartige Interpretation von Politik riskiert Widersprüchlichkeit und Missverständnisse. Doch wenn die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung laut Umfragen mit großem Abstand „Verlässlichkeit“ als höchsten politischen Qualitätsbegriff nennt, dann kommt der „neuen Sicherheit“ eine überragende Funktion zu. Sicherheit und Berechenbarkeit gehören untrennbar zusammen. Sicherheit und Beliebigkeit sind dagegen Antagonismen. Bei aller unverzichtbaren Flexibilität muss eine „Politik der neuen Sicherheit“ einem zuverlässigen inneren Kompass folgen und für die Bürger in jeder Phase nachvollziehbar bzw. verständlich sein. Der unerlässliche Maßstab ist dabei eine konsequente Werteorientierung. Werte vermitteln Sicherheit, sind Marksteine, gestalten konkrete Zielperspektiven. Ohne solche „Leitplanken“ empfinden die Bürger freilich eine Politik der Veränderung und der Reformen als Bedrohung, sehnen sie sich nach den „alten“ Sicherheiten zurück. Notwendig ist aber politische Führung, um Dinge verändern zu können, die es wert sind, erhalten zu werden. Politische Führung wiederum setzt, will sie erfolgreich sein, das Vertrauen der Geführten voraus. Vertrauen existiert schließlich da, wo zuvor ein Gefühl der Sicherheit entstanden ist. Und hier schließt sich der Kreis.

Besonders wichtig erscheint in diesem Zusammenhang die Beachtung des Mittelstandes. Hier zeigt sich die Politik der „neuen Sicherheit“ ausgesprochen

konservativ. Und das zu Recht. Wenn eine Gesellschaft immer mehr auseinanderdriftet, den Mittelstand keineswegs unbegründete Abstiegsängste erfassen, dann muss sich der Staat jener „alten Mitte“ zuwenden, die bindungsorientiert und wertebewusst ist, in der Facharbeiter, Handwerker, Angestellte und Bildungsbürger ihren Platz haben, in der bürgerliches Engagement möglich wird und das kulturelle Gedächtnis der Gesellschaft verankert ist. Aristoteles hat diese gesellschaftliche Gruppe in seiner politischen Ethik als die Vereinigung der „Vernünftigen“ bezeichnet, welche tugendhaft leben, maßhalten und jedes, das „rechte Leben“ gefährdende Extrem verabscheuen. Für den Ökonomen und Ordoliberalen Wilhelm Röpke waren es „Maß und Mitte“, welche die bürgerlichen Tugenden erst zu jener Entfaltung bringen, die notwendig ist, um allgemeinen Wohlstand und individuelle Zufriedenheit zu begründen. Und der ehemalige US-Präsident Bill Clinton definierte die „Mitte“ in unseren Tagen zwar ausgesprochen prosaisch, aber nicht weniger zutreffend wie folgt: „Es sind jene breiten Massen, die in unserem Land die Kinder großziehen, die Arbeit machen, die Steuern zahlen und sich an die Regeln halten.“ Auf diese gesellschaftliche Mitte vor allem ist die „neue Sicherheit“ hin konzipiert. Allerdings, warnt Verfassungsrichter Udo di Fabio, „die Mitte einer Gesellschaft war niemals einfach da. Sie muss gewollt und debattiert, sie muss und kann immer wieder neu konstituiert werden.“ Und weiter: „Die Mitte der Gesellschaft ist also eine ideelle, sie ist eine kulturelle Mitte. Sie wirkt aber materiell wie ein Magnet, auch weil sie das notwendige Gegengewicht zu staatlicher und rechtsförmlicher Herrschaft und die eigentliche Energiequelle einer freien Gesellschaft ist.“

Gleichzeitig muss eine Politik der „neuen Sicherheit“ für *alle* Bürger gelten, muss auch die Schwachen, Ausgegrenzten und Unterprivilegierten in den Blick nehmen. Sie darf sich allein schon aus christlicher Verantwortung nicht mit der Herausbildung eines immer größer werdenden „Prekariats“ abfinden, von der hieraus erwachsenen Gefahr gesellschaftlicher Destabilisierung ganz zu schweigen. Eine der vornehmsten Aufgaben staatlicher Ordnungspolitik besteht bekanntlich darin, Wettbewerb und damit wirtschaftliche Teilhabe wie auch gesellschaftliche Aufstiegschancen für *alle* zu schaffen und zu sichern. Dazu bedarf es der Setzung eines sinnvollen Rahmens. Wahre politische Führung zeigt sich da, wo sie nicht alles und jedes bis ins Detail zu regeln versucht, sondern sich auf die Definition praxistauglicher Rahmenbedingungen konzentriert. Jedoch darf sie sich nicht mit der Rahmensetzung allein begnügen. Sie muss auch bereit und fähig sein, bei Bedarf die Einhaltung besagter Rahmenbedingungen durchzusetzen. Auf dem Spielfeld des Wettbewerbs reicht die Rolle des Platzwartes oder Sanitäters eben nicht aus. Gefordert ist der Schiedsrichter mit Pfeife, Gelben und Roten Karten. Regeln ohne Sanktionen sind sinnlos, nutzen sich ab und werden nicht beachtet. Am benötigten Sanktionsinstrumentarium des Staates gerade im internationalisierten Wettbewerb muss

demzufolge noch gearbeitet und gefeilt werden. Ohne dieses Instrumentarium ist jedenfalls eine „neue Sicherheit“ langfristig nicht herzustellen, wie der jüngste Fall bei BenQ-Siemens demonstriert hat. Geht das Vertrauen der Menschen in die Wirtschaft verloren, folgt bald der Vertrauensverlust der Politik.

Der Neoliberalismus war eine Antwort auf das Versagen eines Laissez-faire-Liberalismus, der die Ausbildung wirtschaftlicher Macht in Form von Monopolen und Kartellen zuließ, wenn nicht gar beförderte. Jene Monopole und Kartelle versuchten sich dann gezielt der Politik und des Staates zu bemächtigen, den sie zuvor korrumpiert hatten. Der Staat in der Rolle des „Nachwächters“ bekam auf diese Weise eine höchst doppeldeutige Note, auf jeden Fall erwies er sich in den Augen der ursprünglichen Neoliberalen oder besser Ordoliberalen als unfähig, das friedliche Zusammenleben freier Menschen in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung zu gewährleisten. Der Staat im neoliberalen Modell sorgt entsprechend, wie Gerald Braunberger schreibt, „für einen verlässlichen Rahmen, indem er Rechtssicherheit und Vertragsfreiheit garantiert, das Privateigentum und den Wettbewerb schützt, eine stabile Währungsordnung garantiert und ansonsten weitgehend Marktfreiheit zulässt“. Die Aufzählung ist zweifellos zutreffend, aber sie ist nicht vollständig. Was fehlt, ist die soziale Komponente. Der „Manchester-Kapitalismus“ scheiterte nicht nur wegen Monopolbildungen und mangelnder Vertragssicherheit. Vor allem diskreditierte er sich durch die vollständige Negierung der menschlichen Person, ihrer Würde und ihrer Bedürfnisse. Der arbeitende Mensch sank herab auf die Bedeutung einer Sache; sein Wert bemaß sich am Maßstab der Produktivität und seine Funktion im Herstellungsprozess auf den einer Maschine. Der Mensch wurde, um mit Karl Marx zu sprechen, sich selbst „entfremdet“. Die Geschichte antwortete auf den modernen Kapitalismus mit zwei anthropologischen und sozialen Gegenentwürfen: Dem Marxismus in Gestalt des Historischen bzw. Dialektischen Materialismus und der Katholischen Soziallehre mit ihren Grundprinzipien des Solidarismus und der Subsidiarität.

Die neoliberalen Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft wussten sehr genau um die anthropologische Komponente und ihre konkrete soziale Konsequenz. Deshalb nannten sie das von ihnen entwickelte Wirtschaftssystem auch „Soziale Marktwirtschaft“. Die Ordnungspolitiker in der Union von heute scheinen dagegen oftmals den menschlichen Faktor in seiner komplexen personalen Dimension zu ignorieren; sie beschränken sich gerne auf die von Braunberger genannten Mindestanforderungen und propagieren das Motto „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Dabei übersehen sie aber geflissentlich, dass Arbeit nicht zur reinen Ausbeutung degenerieren darf und immer mehr Menschen in diesem Lande und keineswegs nur die Arbeitsunfähigen, Arbeitsunwilligen und Arbeitslosen, sondern auch ganz regulär Beschäftigte von einer garantierten Vertragsfreiheit, dem Schutz des Privateigentums und der Wahrung des Wettbewerbsgedankens nichts haben, weil ihnen schlicht die mate-

riellen Voraussetzungen dafür fehlen, derartige Standards überhaupt in Anspruch zu nehmen. „Wer seine Zukunft durch eigene Anstrengung erst gewinnen muss“, schrieb der SPD-Vorsitzende Beck in der FAZ, „der spürt, welches Gewicht die Forderung nach gleichen Rechten hat. Nicht Besitz darf den Ausschlag geben, sondern die immer neue Chance des Erwerbs, nicht Ort oder Status der Geburt dürfen entscheiden, sondern allein die immer offene Perspektive eines tätigen Lebens.“

Die Sätze Becks sind nichts anderes als originäre CDU-Programmatik. Die Union, die gleichzeitig darauf achten muss, nicht mit einer konservativ angestrichenen FDP verwechselt zu werden, wäre daher gut beraten, wenn sie ihre eigenen Grundüberzeugungen gegen die Okkupationsversuche der politischen Wettbewerber verteidigen würde. Voraussetzung dafür ist freilich, nicht nur mit dem Anspruch aufzutreten, die politische „Mitte“ in Deutschland zu repräsentieren, sondern auch, sich darauf zu besinnen, die eigene politische Stärke über Jahrzehnte hinweg ganz real aus der Verankerung in eben jener Mitte bezogen zu haben. Der Erfolg der Unionsparteien bestand vor allem darin, in der Verbindung aus einer protestantisch geprägten liberalen Wirtschaftsordnung mit den Prinzipien der Katholischen Soziallehre den Menschen ein Angebot unterbreitet zu haben, das einen überzeugenden Mittelweg zwischen marktradikalem Individualismus und staatlich verordneter sozialer Nivellierung aufzeigte. Dieses Angebot gilt es heute zu erneuern. Gerade weil die Sozialdemokraten in der Problembeschreibung durchaus mit den Positionen der Union vielfach übereinstimmen, darf nicht der Eindruck entstehen, beide Volksparteien seien nicht mehr unterscheidbar, da die „Sozialdemokratisierung“ der Union immer weiter fortschreite. Mit ihrer Gleichsetzung von „Gerechtigkeit“ mit materieller „Umverteilung“ durch den Staat, der Propagierung einer egalisierenden Bildungspolitik oder der Forderung nach einer „Bürgerversicherung“ anstelle der bisherigen Sozialversicherungssysteme nährt die SPD, um nur einige wenige, prägnante Beispiele zu geben, den Verdacht, ihr neuer „vorsorgender Sozialstaat“ sei womöglich nichts anderes als der alte, gescheiterte „versorgende“, reglementierende und bevormundende bürokratische Staat der Vergangenheit in modischer Verpackung. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als elementare Richtwerte der Politik sind aber nach dem Verständnis der Union nicht vom Staat her zu verwirklichen. Sie müssen vielmehr aus der Gesellschaft heraus angestrebt und von den Menschen selbst realisiert werden. Die Politik ihrerseits vermag lediglich, im Sinne des Subsidiaritätsprinzips die Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Bürger anzustoßen, zu befördern oder wenn nötig einzufordern. Hierin liegt insbesondere die politische Aufgabe und Gestaltungskraft der Parteien. Die Funktion des Staates hingegen besteht neben der Herstellung äußerer wie innerer Sicherheit vornehmlich darin, die Menschen geistig wie materiell in den Stand zu setzen, von ihrer Freiheit zur Eigenverantwortung Gebrauch zu machen, und dabei

unter Beachtung der verfassungsmäßig vorgegebenen Normen rechtliche und soziale Mindeststandards zu definieren, deren Einhaltung er dann allerdings konsequent zu überwachen und zu garantieren hat. Der bayerische Landtagspräsident Alois Glück hat für ein solcherart gestaltetes Gemeinwesen den Begriff der „starken und solidarischen Leistungsgesellschaft“ formuliert. Das Konzept der „neuen Sicherheit“ will einen Weg darstellen, den hinter diesem Begriff stehenden Anspruch der Unionsparteien in praktische Politik zu übersetzen.